



BBU-Pressemitteilung 16.10.2023

Bundesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz e.V.
Prinz-Albert-Str. 55
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 214032
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de
www.facebook.com/bbu72

Proteste in NRW und NDS gegen drohende Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus / Auch Uranfabriken stoppen!

(Bonn, Jülich, Ahaus, 16.10.2023): Am Sonntag (15.10.2023) hat ein dezentraler Aktionstag gegen drohende Castor-Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus stattgefunden. Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte zur Teilnahme an den Aktionen aufgerufen. Bei einer Kundgebung in Ahaus begrüßte BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz den wachsenden Protest gegen die gefährlichen Transporte. Mit Blick auf eine solidarische Protestaktion in Lingen (Emsland / Niedersachsen) kritisierte Buchholz auch den bisher unbefristeten Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen. Buchholz wies darauf hin, dass jede Tonne Uran, die in Gronau angereichert wird, letztlich auch wieder irgendwo zwischen- und endgelagert werden muss. Und mit der Umkehrung – jede Tonne Uran, die nicht angereichert wird, muss auch nicht endgelagert werden – rief er auch zum weiteren Protest gegen die Uranfabriken auf.

Weitere Informationen (auch zu den Uranfabriken) findet man auch <https://bbu-online.de> und unter <https://www.facebook.com/BBU72>.

Folgend eine **gemeinsame Pressemitteilung von gestern (15.10.2023)**

Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich
Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Bündnis AtomkraftgegnerInnen im Emsland (AgiEL)
SOFA Münster
Anti-Atomplenum Köln
BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Ahaus, Jülich, Duisburg, Köln, 15.10.2023
Pressemitteilung

250 Menschen bei Protestaktionen gegen drohende Atommüll-Transporte zwischen Jülich und Ahaus: Heftige Kritik an Forschungszentrum Jülich – Landesregierung soll Koalitionsvertrag umsetzen!

An mehreren Orten zwischen Jülich und Ahaus gab es heute Protestaktionen gegen drohende Atommüll-Transporte entlang der möglichen Autobahn-Transport-Routen durch Nordrhein-Westfalen. An der Kundgebung in Ahaus nahmen ca 200 Menschen teil, bei Mahnwachen in Jülich, Köln, Düsseldorf und Duisburg waren es ca 50 Menschen. Eine Solidaritäts-Protestaktion gab es auch nördlich von Ahaus an der A31 in Lingen.

Auf der Protestkundgebung in Ahaus wurde heftige Kritik am Forschungszentrum Jülich (FZJ) geübt: Das FZJ will mit insgesamt 152 Straßentransporten ab nächstem Jahr die ca. 300.000 Kugel-Brennelemente aus seinem stillgelegten Versuchsreaktor AVR ins Zwischenlager Ahaus verschieben. Der Neubau eines Lagers in Jülich selbst, das den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht, wird seitens des FZJ und seiner Entsorgungsgesellschaft JEN seit 10 Jahren boykottiert. „Dieses verantwortungslose Verhalten kann man von einer wissenschaftlichen Einrichtung nicht akzeptieren“, so Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus". „Die Jülicher Brennelemente müssen vor einer späteren Endlagerung ordentlich deklariert und konditioniert werden. Das Verfahren dazu muss erst noch entwickelt werden, und dafür ist das FZJ zuständig. In Ahaus kann dies aus technischen und rechtlichen Gründen nicht geschehen“.

Zeitgleich fand vor dem Eingang des Forschungszentrums in Jülich eine Mahnwache statt. Marita Boslar vom örtlichen Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ erinnerte dort an den Koalitionsvertrag der NRW-Landesregierung, in dem klar die Zielsetzung proklamiert worden war, dass die Castor-Transporte nach Ahaus vermieden werden sollen: „Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich ernsthaft für den Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich einsetzt, das den heutigen Sicherheitsstandards entspricht. So steht es im Koalitionsvertrag. Die Landesregierung muss mehr tun, um ihren Beschluss umzusetzen. Nur Geld für ein Grundstück zur Verfügung stellen, reicht nicht aus!“

Sowohl der Bürgermeister von Jülich, Axel Fuchs, als auch die Bürgermeisterin von Ahaus, Karola Voß, haben sich ebenfalls einhellig für den Verbleib der AVR-Brennelemente in Jülich ausgesprochen. Die Stadt Ahaus hat neben den laufenden Klagen gegen die Einlagerungsgenehmigung überdies Klagen gegen die Transportgenehmigungen angekündigt.

Das „Bündnis gegen Castortransporte Jülich-Ahaus“ wird nun auch vom BUND Landesverband NRW unterstützt. Kerstin Ciesla erklärt dazu: „Bereits vor 10 Jahren haben wir uns für eine Lagerung in Jülich eingesetzt, die Verantwortlichen haben die Zeit nicht für einen Neubau genutzt und argumentieren jetzt, dass Castortransporte nach Ahaus die schnellste Option seien. Das ist eine unverschämtes Verschieben des Atommüllproblems!“.

Kontakt für Rückfragen:

Marita Boslar (Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich), Tel. 0176-52270865

Hartmut Liebermann (BI „Kein Atommüll in Ahaus“), Tel. 0163-6008383

Jens Dütting (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen), Tel. 0176-38368325

Kerstin Ciesla (BUND NRW), Tel. 0178-8140600

Weitere Infos:

www.bi-ahaus.de, www.westcastor.org, www.sofa-ms.de, www.ausgestrahlt.de